

«Uns schwimmen die Felle davon»

Die Handelskammer will den Druck auf den Bundesrat in Sachen Beziehungen zur EU erhöhen.

Patrick Marcolli

Was für die Region Basel ein herber Rückschlag war, entpuppt für die Handelskammer beider Basel (HKBB) letztlich als eine Möglichkeit, ihr Profil zu schärfen: Seit dem Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU, verursacht durch die Schweizer Landesregierung, hat die HKBB im trinationalen Raum die Themenführerschaft übernommen.

Dies zeigte sich gestern anlässlich des zweiten «Europa-Dialogs» erneut. Die HKBB versammelte auf dem MS Christoph Merian eine Vielzahl von Wirtschaftsvertretern sowie politischen Kräften aus der Schweiz, Frankreich und Deutschland. Das Treffen gipfelte in der Unterzeichnung eines Briefes an den Bundesrat sowie die EU-Kommission. Darin werden die Adressaten aufgefordert, rasch an den Verhandlungstisch zurückzukehren und dass sie «Flexibilität zeigen und sich nicht an starren Prinzipien orientieren», wie HKBB-Direktor Martin Dätwyler es formulierte.

«Ein langsamer Erosionsprozess»

Dass die Politik und die Wirtschaft in der Region am gleichen Strick ziehen in dieser Frage und die Situation identisch analysieren, bewiesen der Basler Regierungspräsident Beat Jans (SP) und Thomas Meier, CEO der Basler Firma Bachem. Während letzterer einen «langsamen Erosionsprozess» seit dem Abbruch der Verhandlungen ausmacht und fordert, dass die Personenfreizügigkeit auf jeden Fall aufrechterhalten wird, machte Jans darauf aufmerksam, dass «schleichende Prozesse» wie dieser allmähliche Zerfall der Beziehungen zwi-



Machen klar Schiff (von links): Beat Jans, Regierungspräsident Basel-Stadt; Nicole Hoffmeister-Kraut, Wirtschaftsministerin Baden Württemberg; Patrick Künzle, Moderator; Christian Debeve, Conseiller Régional der Région Grand Est. Bild: Nicole Nars-Zimmer (Basel, 20. Juni 2022)

Initiativen in beiden Basel lanciert

Europäische Bewegung Die Stimmberechtigten von Basel-Stadt und Baselland werden womöglich auf kantonaler Ebene über das Verhältnis zur EU abstimmen können: Die Sektion Basel der Europäischen Bewegung Schweiz (EBS) hat an ihrer Generalversammlung gestern Abend einstimmig zwei kantonale Volksinitiativen lanciert. Hintergrund ist der einseitige Abbruch der Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen durch den Bundesrat im Mai 2021. Seither habe

sich die Erosion der guten Beziehungen zu den europäischen Nachbarn beschleunigt, argumentiert der Basler EBS-Vorstand. Davon seien die beiden Kantone, deren Bevölkerung, Wirtschaft und Wissenschaft, in besonderem Mass negativ betroffen. Die Initiativen fordern einen neuen Artikel in den Verfassungen beider Basel mit folgendem Text: «Der Kanton setzt sich für eine Verbesserung der Beziehungen der Schweizer mit der Europäischen Union und den Nachbarländern ein.» Zwar ist

die Aussenpolitik grundsätzlich Sache des Bundes, doch verfügen die Kantone laut Bundesverfassung über Mitwirkungsrechte in aussenpolitischen Fragen, wenn sie besonders betroffen sind. Im Sommer 2023 sollen die beiden Initiativen eingereicht werden. Geplant sind auch entsprechende Volksinitiativen auf nationaler Ebene. Sie sollen den Druck auf den Bundesrat erhöhen und letztlich eine Volksabstimmung über die institutionellen Fragen zwischen der Schweiz und der EU herbeiführen. (haj)

schen der Schweiz und der EU, den es aufzuhalten gelte, nach aussen schwierig zu kommunizieren seien.

Jans betonte: «Die Schweiz und die EU gehören zusammen». Die Coronapandemie und der Ukraine-Krieg stellten eine Zeitenwende dar – «das ist aber bei den Verhandlungsführern in Bern und Brüssel nicht angekommen», kritisierte der Basler Regierungspräsident scharf.

Diese «Zeitenwende», vom deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner viel beachteten Rede vor dem Bundestag als Begriff für die aktuelle Krise geprägt, war auch ein Stichwort für Nicole Hoffmeister-Kraut, die Wirtschaftsministerin von Ba-

den-Württemberg. Allein mit ihrem Bundesland unterhält die Schweiz insgesamt 694 Projekte und Kooperationen, die auf der Basis des Förderprogramms Horizon Europe laufen – jenes Programms also, von dem die Schweiz wegen des Verhandlungsabbruchs mit der EU nun ausgeschlossen sein wird.

«Für Baden-Württemberg ist es wichtig, dass die bilateralen Abkommen mit der Schweiz nicht erodieren», betonte auch Hoffmeister-Kraut. In der Hightechbranche setzten die USA und China die Benchmarks. Nur ein Europa, das offen und möglichst grenzenlos ist, könne diesen geopolitischen Polen etwas entgegenhalten. Und Beat Jans ergänzte: «Die Felle schwimmen uns davon, vor allem bei der Verteilung der Gelder des Horizon-Programms.»

«Der Leidensdruck besteht schon heute»

Nun also soll der Druck auf die Landesregierung in Bern und die EU-Kommission mit dem Brief der Handelskammern und der politischen Vertreter der Triregio Basel weiter erhöht werden. Die Präsidentin der HKBB, Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (Die Mitte), sieht durchaus Chancen, dass sich allmählich etwas bewegen könnte in den Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union. «Der Leidensdruck besteht schon heute und wir brauchen dringend konkrete Lösungen», sagte sie.

Der Ball liegt jetzt aber woanders, nämlich in Bern und in Brüssel. Der französische Vertreter am «Europa-Dialog», Christian Debeve vom Conseiller Grand Est, formulierte es etwas ernüchternd und ernüchtert: «Das Problem sind nicht die Leute, die sich heute hier in Basel getroffen haben.»